

# Kaulsdorfer Gemeinderäte wollen keine „Raubritter“ sein

Kaulsdorf will auch in Zukunft keine Straßenausbaubeiträge erheben. So der Tenor, zur Informationsveranstaltung am 02.06.2008 der LINKEN Gemeinderäte in Kaulsdorf; zum Thema „Wie geht es weiter mit unserer Straßenausbaubeitragsatzung“. Im vollbesetzten Saal des Bürgerhauses informierte Frank Kuschel (Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag) über die aktuelle Rechtslage und die geplante Änderungen der Landesregierung in Fragen der Straßenausbaubeiträge. So plant die Landesregierung, dass alle Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre Finanzkraft Straßenausbaubeiträge rückwirkend bis 1991 erlassen müssen.

Dies will weder der Kaulsdorfer Bürgermeister Hans-Jürgen Oßwald (CDU), noch der Gemeinderat unwidersprochen hinnehmen. Die Gemeinde Kaulsdorf ist finanziell in der Lage ohne zusätzliche Belastungen der Bürger die Gemeindestraßen zu sanieren. In den Bestrebungen der Landesregierung sieht der Bürgermeister die kommunale Selbstverwaltung gefährdet. Er

würde bei Inkrafttreten der geplanten Änderungen des Gesetzes klagen.

In der Diskussion drückten die Bürger ihr Unverständnis zur anstehenden „Raubritterverordnung“ aus. Es wurde die Unterstützung des Gemeinderates und des Bürgermeisters durch die Bürger mittels Bürgerbegehren angeregt. Beim Kampf gegen die Erhebung der Straßenausbaubeiträge sollte keine Zeit verloren gehen. Deshalb wurden mögliche rechtliche Handlungsoptionen, sowohl für den Gemeinderat, als auch für die Bürger ( z.B. im Wege einer Feststellungsklage oder die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden) angesprochen. Aktiv sein und Bürgerprotest könnte die Landesregierung zum Nachdenken auffordern.

Mindestes Ziel ist, die Kommunalen Selbstverwaltung zu stärken und die Entscheidungsbefugnis der Gemeinde darüber, eine Satzung zu erlassen und ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben wollen.

Constanze Truschzinski  
[www.constanzetruschzinski.de](http://www.constanzetruschzinski.de)